HZ - 22.09.2007

SPD setzt auf eigenen Kandidaten

Bürgermeister Stumpf wollte für Sozialdemokraten antreten / VG-Verband lehnt Offerte ab

VG BODENHEIM Der SPD-Verband wird 2010 einen eigenen Kandidaten ins Rennen um den Stuhl des Verbandsbürgermeisters schicken. Die SPD lehnte damit zugleich ein Angebot des parteilosen VG-Bürgermeisters Reinhold Stumpf ab, für die Sozialdemokraten zu kandidieren.

Von
Erich Michael Lang

Auf der Verbandsversammlung am Donnerstag Abend wurde öffentlich, was hinter vorgehaltener Hand bereits geflüstert wurde. Der umstrittene VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf hatte der SPD ein Angebot gemacht, als deren Kandidat bei der nächsten Direktwahl anzutreten. „Vorstand und Fraktion haben sich in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig für einen eigenen Kandidaten ausgesprochen", informierte Verbandsvorsitzende Marianne Grosse die Runde, die das Vorgehen der Parteispitze zustimmend zur Kenntnis nahm. „Wir haben das Angebot von Herrn Stumpf abgelehnt. Es gibt für ihn zwar menschliche Sympathie, aber wir sind der Überzeugung, dass die VG Bodenheim den Anspruch auf einen Bürgermeister als politischen Kopf hat, der auch sein Handwerk versteht", so Grosse gegenüber der AZ. Bei Stumpf sei dies nicht der Fall, es herrschten Stillstand und Verfahrensfehler. Die Verbandsgemeinde brauche als Bürgermeister eine „kompetente Persönlichkeit". Die Verbandsvorsitzende hob hervor, dass das Votum für einen eigenen Kandidaten der SPD einstimmig und auch ohne Enthaltung gefasst wurde.

Grosse zeigte sich zuversichtlich, dass die Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen 2009 und der Urwahl 2010 „beste Chancen" habe, in allen Gemeinden der VG Mehrheiten zu erringen und die Bürgermeister zu stellen.

Bürgermeister Reinhold Stumpf hatte erst im Juni gegenüber der AZ seinen festen Willen bekundet, 2010 wieder als Bürgermeister kandidieren zu wollen. Seine Parteilosigkeit wolle er beibehalten.

Gegen Rechts

Die Versammlung des SPD-Verbandes Bodenheim informierte sich über die Aktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Jugend für Jugend gegen Rechtsextremismus". Nach einer regen Diskussion über die Zielsetzungen des Projektes sprach die Versammlung dem Vorhaben der Gewerkschaftsjugend Anerkennung aus und signalisierte, die Aktionen vor Ort unterstützen zu wollen.